

Ludwig Nestler (Berlin)

ÜBER DEN ZEITPUNKT UND DIE URSACHEN ERSTER ANSÄTZE  
ZUR MODIFIKATION DER KRIEGSZIELPLANUNG  
UND DER OKKUPATIONSPOLITIK HITLERDEUTSCHLANDS  
(Herbst 1942 bis Frühjahr 1943)

Zu den nicht oder kaum umstrittenen Erkenntnissen über die Okkupationspolitik Hitlerdeutschlands in den zeitweilig besetzten Gebieten gehört die Feststellung, daß Charakter wie Spezifika dieser Politik wesentlich von zwei Faktoren geprägt wurden: zum einen von der deutschen Kriegszielplanung, d.h. davon, welcher Stellenwert und welches zukünftiges Schicksal dem jeweiligen Volk bzw. Staat in den langfristigen Zielvorstellungen der Führung Hitlerdeutschlands zugeordnet wurde, zum anderen von der sich verändernden internationalen Lage, d.h. vor allem von der Widersprüchlichkeit, die für die objektive Lage der Achsenmächte durch die sich nach 1941/42 zu ihren Ungunsten verändernde militärische Lage in wachsendem Maße kennzeichnend war.

Aus dem außerordentlich vielschichtigen Komplex dieser Wechselbeziehungen zwischen Politik, Ökonomie und Kriegführung in den Jahren 1942/43 möchte ich zwei Fragen herausgreifen, die auf der konzeptionellen Ebene im Bereich der Strategiebildung angesiedelt sind und deshalb für die Diskussion über das Allgemeine und das Besondere in der Okkupationspolitik Hitlerdeutschlands, über ihre Grundzüge, Spezifika und die Versuche, sie zu modifizieren, m. E. von nicht unerheblichem Interesse sind. Es sind dies

1. die Frage, wann und unter welchen Umständen in den führenden Gremien des „Dritten Reiches“ Überlegungen einsetzten, die auf eine Veränderung der Kriegszielplanung und auf Modifikationen in der Okkupationspolitik hinausliefen, und

2. die Frage nach dem substantiellen Gehalt dieser Ansätze zu Modifikationen in Fragen der Programmatik wie der Okkupationspolitik, d.h. die Frage nach dem Inhalt der konzeptionell-strategischen Papiere dieser Art.

Zur ersten Frage, d.h. zur Frage nach der Genesis, nach Zeitpunkt und Ursachen erster Überlegungen zu Modifikationen in Kriegszielplanung und Okkupationspolitik Hitlerdeutschlands, bieten sich dem Bemühen um

historische Analyse schon bei oberflächlicher Betrachtung zwei markante Ereignisse im militärischen Ablauf des Krieges an, die für die Führungsgremien der Nazidiktatur Anlaß zum Überdenken, zur Neueinschätzung der Lage gewesen sein mußten — es sind dies die Niederlage der Naziwehrmacht in der Schlacht vor Moskau im Winter 1941/42 und die Schlacht von Stalingrad, die bekanntlich die grundlegende Wende im Verlaufe des zweiten Weltkrieges markierte. In der Tat — es finden sich in der wissenschaftlichen Literatur zahlreiche Beispiele für die Annahme, Zeitpunkt und Motivation für erste Ansätze zum Überdenken des strategischen Kalküls seien mit einem dieser beiden, unzweifelhaft besonders relevanten militärischen Großereignisse identisch. Und sicher ist eine solche Annahme nicht aus der Luft gegriffen, sind doch sowohl hinsichtlich der Schlacht vor Moskau als auch jener von Stalingrad eine Reihe von Indizien bekannt, die diese These scheinbar stützen. So schildern Augenzeugen wie Warlimont und Heusinger anschaulich die Schockwirkung, die die erste Niederlage der Naziwehrmacht im Winter 1941/42 im Führerhauptquartier auslöste. In Verbindung mit der von Halder überlieferten Äußerung Hitlers vom 19. November 1941, wonach beide Feindgruppen sich möglicherweise gegenseitig nicht vernichten könnten und deshalb mit einem Verhandlungsfrieden zu rechnen sei<sup>1</sup>, wird daraus in einigen Fällen die These abgeleitet, Hitler habe bereits zu diesem Zeitpunkt gewußt, daß der Krieg verloren sei. Eine Vielzahl anderer Quellen aus dieser Zeit, ob aus der Provenienz des OKW oder der anderer Führungsgremien des Naziregimes, belegen indes, daß von einer ernsthaften Neueinschätzung der Lage und Bemühungen um eine neue strategisch-konzeptionelle Orientierung auch in der Okkupationspolitik nach der Schlacht vor Moskau in den Führungsgremien Hitlerdeutschlands nicht die Rede sein kann. Die Rüstungsanstrengungen wurden forciert, die für die Zeit nach „Barbarossa“ entwickelten Planungen zunächst zurückgestellt, um alle Kräfte darauf zu konzentrieren, das im Jahre 1941 verpaßte Ziel, die Zerschlagung der Sowjetunion, nunmehr im Jahre 1942 zu erreichen. In gewisser Weise bewirkte auch der Überfall der japanischen Truppen auf Pearl Harbour, daß es zu einer nennenswerten Wandlung der strategischen Grundkonzeption, zu einem konzeptionellen Umdenken nicht kam — schien doch die Tatsache, daß die USA in der nun ausgebrochenen Auseinandersetzung auf lange Zeit im Pazifik gebunden waren, die Chance zu bieten, die entscheidende Voraussetzung für das Kriegszielprogramm des deutschen Imperialismus doch noch zu realisieren: nämlich die auf der Vernichtung der Sowjetunion basierende Schaffung eines von Hitlerdeutschland beherrschten, mächtigen und unangreifbar erscheinenden euro-asiatischen Kontinentalblocks noch vor dem Zeitpunkt, da das militärische Potential der USA in

---

<sup>1</sup> F. Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. III (22. 6. 1941 — 24. 9. 1942), Stuttgart 1964, S. 295.

Europa wirksam werden konnte. Die Weisung Nr. 41 des OKW vom. 5 April 1942, die die Planung für die Kriegführung des Jahres 1942 umriß, orientierte folgerichtigerweise völlig darauf, „die den Sowjets noch verbliebene lebendige Wehrkraft endgültig zu vernichten und ihnen die wichtigsten kriegswirtschaftlichen Kraftquellen so weit als möglich zu entziehen“<sup>2</sup>.

Die Wintermonate 1941/42 können folglich nicht als Zeitpunkt, die Niederlage vor Moskau nicht als Motiv für erste Ansätze zu Modifikationen in Grundfragen der Strategie, der Okkupationspolitik usw. angesehen werden.

Was die Schlacht bei Stalingrad betrifft, so ist natürlich unverkennbar, daß die mit ihr sichtbar werdende und rapide verschärfte Krise des Achsenlagers auf konzeptionell-strategischer Ebene eine wahre Konjunktur von Denkschriften, Plänen, Entwürfen mit Vorschlägen zu Modifikationen in Politik und Kriegführung Hitlerdeutschlands bewirkte, *expressis verbis* auch mit bezug auf Grundfragen der Okkupationspolitik. Erste Ansätze und Versuche, das strategische Kalkül für die weitere Kriegführung zu überprüfen und eine den veränderten Bedingungen besser entsprechende Art des Okkupationsregimes in den besetzten Ländern zu finden, sind jedoch bereits früher, nämlich — um das vorwegzunehmen — in den Herbstmonaten des Jahres 1942 erkennbar. Die Absicht, dieses Phänomen zu verdeutlichen, läßt einige sozusagen diagnostische Anmerkungen zum Zustand des konzeptionellen Denkens der Naziführung in den Sommermonaten des Jahres 1942 zweckmäßig erscheinen. Die Erfolge der Sommeroffensive der faschistischen Truppen an der sowjetischen Front, ihr Vordringen bis zur Wolga und zum Kaukasus, flankiert von beachtlichen Versenkungsziffern im U-Bootkrieg gegen Großbritannien und erfolgreichen Offensivaktionen in Nordafrika, führten, zumal die USA im Pazifik zwar inzwischen erfolgreicher operierten, aber sich sichtlich schwer taten, um Japan in die Defensive zu drängen, offenkundig zu einer erneuten Sieges euphorie. Die Zerschlagung der Sowjetarmee und damit, in den programmatischen Vorstellungen der Naziführung, die Entscheidung über die Realisierbarkeit des Kriegszielprogrammes im ganzen, schien unmittelbar bevorzuzustehen. Das löste eine Vielzahl sowohl theoretischer wie auch praktischer Aktivitäten aus, die auf die beginnende Verwirklichung der wichtigsten Kriegsziele Hitlerdeutschlands abzielten.

Die Arbeiten am „Generalplan Ost“ wurden im Juni/Juli 1942 forciert<sup>3</sup>, am 19. Juli erließ Himmler den Befehl, im Rahmen der „Endlösung der Judenfrage“ bis Ende des Jahres das Generalgouvernement „judenfrei“ zu machen<sup>4</sup>. Parallel dazu wurden die ersten praktischen Schritte zur Verwirkli-

<sup>2</sup> *Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939 - 1945*. Hrsg. von Walter Hubatsch, Frankfurt/M. 1962, S. 184.

<sup>3</sup> ZStA Potsdam, Filmsammlung, Nr. 10632.

<sup>4</sup> *Documenta occupationis*, Bd. VI, S. 593 (Schreiben Himmlers an den HSSPF Krüger).

chung des „Generalplanes Ost“ eingeleitet — die zwangsweise Aussiedlung aller Polen aus dem Kreis Zamosc, der als ein erster „germanischer Siedlungsstützpunkt“ gedacht war, begann und fast gleichzeitig wurden Maßnahmen zur Ansiedlung aller „Volksdeutschen“ in der Nähe der Kommandostelle des Reichsführers SS, Hegewald bei Wimitza, eingeleitet. Außerordentlich bezeichnend für die in diesen Monaten in der Führung Hitlerdeutschlands eindeutig vorherrschende Auffassung, der uneingeschränkten Realisierung der für den Kontinent fixierten Kriegsziele stehe nunmehr bald nichts mehr im Wege, ist ein anderer, interessanter Prozeß, der sich in dieser Phase freilich nicht so sehr auf konzeptioneller, jedoch unübersehbar auf methodischer Ebene vollzog — das Verhältnis in der Anwendung politischer, ideologischer und militärisch-repressiver Instrumentarien zur Verwirklichung der gesteckten Ziele veränderte sich im Sommer 1942 weiter zu Gunsten der letzteren — die in imperialistischen Herrschaftsmodellen faschistischer Prägung typische Bevorzugung der Gewalt, der Anwendung des aggressiven bzw. repressiven Instrumentariums eskalierte zur Auffassung, daß nunmehr der Zeitpunkt erreicht sei bzw. unmittelbar bevorstehe, da die Anwendung von Macht bzw. die Drohung mit ihr Rücksichtnahme auf nationale Interessen anderer europäischer Völker, politische Manöver und ideologische Motivation überflüssig mache.

Wie sicher man sich in diesen Sommermonaten des Jahres 1942 des jetzt scheinbar bevorstehenden „Endsiegcs“ war, wird auch dadurch belegt, daß selbst Goebbels — sicher nicht zu Unrecht als ein Meister der psychologisch geschickten Meinungsmanipulierung bezeichnet — in diesen Wochen eine politische bzw. moralische Verschleierung der Kriegsziele nicht mehr für nötig hielt. Dieser Krieg, so postulierte er Mitte Mai 1942 öffentlich, werde nicht „für Thron und Altar“ geführt, sondern es sei „ein Krieg um Rohstoffe, um Gummi, um Eisen und Erze“. Man könne nicht „ewig für Ideale kämpfen“. „Wir jedenfalls“, so Goebbels weiter, „sind dieser Rolle überdrüssig. Wir wollen nun endlich einmal...einkassieren... Auf den unübersehbaren Feldern des Ostens wogt das gelbe Getreide, genug und übergenug, um unser Volk und ganz Europa zu ernähren... Das ist unser Kriegsziel“<sup>5</sup>. Und im August desselben Jahres hob Goebbels noch einmal hervor, daß man am Ende des Krieges natürlich nicht „mit Danzig und einer Autobahn“ zufrieden sein werde. Die jederzeit veränderbare „Verteilung der Erde“ sei nur eine Frage der Macht, nicht der Moral“<sup>6</sup>.

Für den Sommer 1942 bis hin zum August — das ist der freilich etwas summarische, dennoch hinreichend zuverlässige Schluß, zu dem die Analyse des historischen Materials aus jenen Wochen führt — bestand in Grundfragen der Kriegsziele und der Okkupationspolitik des deutschen Imperia-

<sup>5</sup> J. Goebbels, *Wofür?* in: Das Reich, Nr. 22 vom 31. 5. 1942.

<sup>6</sup> Ders. in: ebenda, Nr. 34 vom 30. 8. 1942. Vom Sinn des Krieges.

lismus weitgehende Homogenität, ein Zustand, der sich — wenngleich sehr differenziert und zunächst nur partiell — bemerkenswert rasch ändern sollte. Dokumente, die wenige Wochen, ja, zum Teil nur wenige Tage später entstanden, sprechen eine deutlich andere Sprache. Während nämlich — wie wir gesehen haben — Goebbels angesichts des zu diesem Zeitpunkt sich am weitesten ausdehnenden deutschen Macht- und Einflußgebietes politisch-moralische Motivationen für diesen Raub- und Eroberungskrieg nicht mehr für erforderlich hielt und Hitler, einem Bericht von Speer zufolge, ebenfalls im August einigen deutschen Großindustriellen bei deren Besuch in Winniza erläuterte, bis wann und wie man nunmehr das britische Weltreich im Vorderen Orient und in Indien zerschlagen werde<sup>7</sup>, bahnte sich auf den Schlachtfeldern an Wolga und Don die entscheidende Wendung an. Die faschistische Sommeroffensive lief sich, im Ergebnis der zähen Defensivoperationen der Roten Armee, fest — zunächst bei Stalingrad, wenig später auch am Südflügel. Das aber bedeutete, daß auch 1942 das Hauptziel, die Niederwerfung der Sowjetunion, nicht erreicht worden war und damit die entscheidende Prämisse für die Verwirklichung des gesamten Kriegszielkonzeptes entfiel. Sehr verschiedenartige dokumentarische Indizien belegen, daß sich diese Erkenntnis ab September 1942 bei führenden Politikern, Militärs, Wirtschaftsexperten und Ideologen Hitlerdeutschlands — allerdings, was auf die Rolle des subjektiven Faktors hinweist — zunächst durchaus nicht generell und meist nur zögernd — durchzusetzen begann.

Eine im Herbst, vermutlich im September 1942 von Edwin Erich Dwinger, dem bekannten antisowjetischen Publizisten und ehemaligen Koltshak-Kämpfer, verfaßte Denkschrift über „Wesensfundamente einer Ostraumpolitik“ beginnt mit der Feststellung „Wenn der Ostfeldzug in drei Monaten zum Zusammenbruch des bolschewistischen Systems geführt hätte, so hätte es sich erübrigt, gegenüber seinen Völkern über eine differenzierte Politik nachzudenken“<sup>8</sup> — ein Satz, der als programmatisches Anliegen über all jenen in diesen Wochen und Monaten bis hin zum Frühjahr 1943 erarbeiteten konzeptionellen Papieren stehen könnte. So heißt es z.B. in ergänzenden Bemerkungen zu einer im September 1942 vom Wehrmachtführungsstab des OKW erarbeiteten Studie zur Gesamtlage: „Während bisher die Kriegsausweitung entsprechend den offensiven Plänen der Achsenmächte erfolgte, befinden wir uns hier langsam an einem Wendepunkt des Krieges“. Und an anderer Stelle: „Zum Kampf im russischen Raum wird die Möglichkeit einer entscheidenden Frühjahrsoperation 1943 nicht gesehen. Auch die Ausschaltung Rußlands wird sich 1943 nicht erreichen lassen“<sup>9</sup>. Einige Wochen später

<sup>7</sup> A. Speer, *Spandauer Tagebücher*, Frankfurt/M. — Berlin (West) — Wien 1975, S. 85.

<sup>8</sup> ZStA Potsdam, Filmsammlung, Nr. 3691, Bl. 288 649.

<sup>9</sup> Ebenda, Filmsammlung, Nr. 1860.

stimmten, dem vorliegenden Protokoll zufolge, Reichsminister Rosenberg, einige seiner leitenden Mitarbeiter im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und Spitzen der Wehrmacht in einer gemeinsamen Beratung — Teilnehmer waren u.a. Leibbrandt, Kleist, v. Mende, Schlotterer, Stauffenberg, v. Schlabrendorff, Herwarth von Bittenfeld — darin überein, daß „ein Umbruch der deutschen Politik, insbesondere im russischen Raum ... erforderlich ist. Im Vordergrund aller Wünsche“, informiert das Protokoll weiter, „stand die Forderung einer neuen politischen Zielsetzung im russischen Raum“. Ein „neuer politischer Kurs“ sei „dringend“ erforderlich<sup>10</sup>. Hier wird bereits ein Schritt weiter gegangen — von der veränderten Einschätzung des Kräfteverhältnisses an der Ostfront zum Versuch, Erkenntnisse für eine Umorientierung in der politischen Strategie im allgemeinen wie gegenüber den Sowjetvölkern im besonderen abzuleiten.

Nicht ganz so deutlich wie in den eben zitierten Dokumenten, aber dennoch unverkennbar spiegeln sich die objektive Veränderung des Kräfteverhältnisses und deren Reflektion in den Köpfen von Exponenten des Nazi-regimes auch in der Auseinandersetzung, die seit Monaten zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete um die von letzterem geplante große Ausstellung „Kampf um Europa“ geführt wurde und in der sich im September Ribbentrop schließlich durchsetzte mit dem Argument, die Veranstaltung sei „in diesem Stadium unseres Existenzkampfes nicht opportun“<sup>11</sup>. Diese Auseinandersetzung war auch der Anlaß, alle Diplomaten darauf hinzuweisen, daß „jede Konkretisierung der Neugestaltung und Neuordnung Europas bis auf weiteres vermieden werden müsse“, u.a. weil der Norwegen, Belgien, Holland zgedachte künftige Status offenbar werden, Frankreich die vorgesehene territoriale Amputation erkennen, die verbündeten Staaten Finnland, Rumänien und Ungarn über ihr späteres Verhältnis zu Deutschland noch mehr beunruhigt und auch Italien seine Stellung in Europa bedroht sehen würden<sup>12</sup>. Unter dem Aspekt der Strategiebildung erscheint — was das Ribbentrop'sche Amt anbetrifft — noch aufschlußreicher, daß hier, ebenfalls August/September, die Arbeiten des sog. Europa-Ausschusses reaktiviert wurden<sup>13</sup>, der ursprünglich die Fragen der „Neuordnung“ und des Friedensvertrages vorbereiten sollte, unter den veränderten Bedingungen aber nunmehr begann, Alternativen zur bisherigen Außenpolitik zu entwickeln und tatsächlich, allerdings erst nach der Schlacht von Stalingrad, d.h. vom Frühjahr 1943 an, mit Vorschlägen zur Proklamation der „Vereinigten Staaten von Europa“, zur Schaffung eines europäischen Staatenbundes und dergleichen aufwartete. Im Oktober 1942 wurde — gleich-

<sup>10</sup> Ebenda, Filmsammlung, Nr. 3661.

<sup>11</sup> ZStA Potsdam, Filmsammlung, Nr. 5021, Aufn.-Nr. 428 415 ff.

<sup>12</sup> Ebenda, AA 69155, S. 203/04.

<sup>13</sup> Ebenda, AA 69286, Bl. 150.

falls im AA — ein „Rußlandvorschlag“ erarbeitet, der auf eine Veränderung der faschistischen Ostpolitik abzielte, wobei es — wie ein Briefwechsel zwischen dem Verbindungsmann Ribbentrops bei Hitler mit Staatssekretär Weizsäcker zeigt — noch Auseinandersetzungen darüber gab, ob die Gründung einer kollaborationistischen „russischen Gegenregierung“ oder der Weg über kleinere Autonomie-Zugeständnisse der zweckmäßigere sei<sup>14</sup>.

Mit diesen Beispielen sind die aus den Herbstwochen des Jahres 1942 vorliegenden Quellen, die belegen, daß der Zeitpunkt für das Einsetzen neuer konzeptioneller Überlegungen zu programmatischen Fragen der Politik und Kriegführung eben in diese Phase fällt, bei weitem nicht erschöpft. Im RMfBO entwickelte Vorstellungen, „sowohl im Bereich Mitte wie auch im Bereich Ukraine... in Verfolg einer neuen politischen Zielrichtung eine Art National-Komitee“ zu bilden<sup>15</sup>, die in der eng mit der Industrie verbundenen Zeitschrift „Die Volkswirtschaft“ im Oktober 1942 groß aufgemachte Konstituierung der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“<sup>16</sup>, vom „Sonderstab Walli“ des OKW entwickelte Pläne, in einem Kriegsgefangenenlager einen „Aufstand“ sowjetischer Kriegsgefangener zu organisieren, aus dem dann eine antisowjetische Gegenregierung mit antideutschem Anstrich hervorgehen sollte<sup>17</sup> zeugen ebenso wie die am 3. Dezember 1942 erlassene Verfügung Rosenbergs, in der Propaganda ab sofort Wendungen, wonach „Deutschland im Osten Kolonien errichten und eine Kolonialpolitik betreiben wolle oder das Land und seine Bewohner als Ausbeutungsobjekte betrachte“, zu unterlassen<sup>18</sup> von diesem beginnenden Wandel im Realitätsverständnis führender Organe bzw. einzelner Exponenten des Regimes und dem Bemühen um eine konzeptionelle Neuorientierung in der Okkupationspolitik sowie um Modifikation der ursprünglichen Programmatik. Schwer einzuordnen ist eine offizielle Stellungnahme in der Zeitschrift „Die Ostwirtschaft“ der Reichsgruppe Industrie vom September des Jahres, gegeben vom Leiter des Ostreferates der Reichsgruppe Industrie, Hans Thoden. Danach hielt man den Zeitpunkt für gekommen, die staatsmonopolistischen Wirtschaftsinstitutionen in den besetzten sowjetischen Gebieten aufzulösen und die sowjetischen Betriebe — über die Vermittlung der Reichs- und Wirtschaftsgruppen — ins Privateigentum der deutschen Monopole zu überführen<sup>19</sup>. Es fehlt uns einfach noch an Erkenntnissen, insbesondere auch

<sup>14</sup> Ebenda, Filmsammlung, Nr. 3684.

<sup>15</sup> Ebenda, Filmsammlung, Nr. 3350.

<sup>16</sup> Die deutsche Volkswirtschaft. Nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst (Berlin), Nr. 29, 2. Oktoberheft 1942, Sonderbeilage.

<sup>17</sup> ZStA Potsdam, Filmsammlung, Nr. 1873.

<sup>18</sup> H. Thoden, *Unternehmertum im Osten*, in: Die Ostwirtschaft, hrsg. im Auftrage der Reichsgruppe Industrie, Nr. 9 (September 1942), S. 125 f.

<sup>19</sup> a. a. O.

an ergänzenden archivalischen Quellen, um sagen zu können, ob dieser Vorstoß vielleicht dem strategischen Kalkül entsprang, man müsse in dieser Situation mit einem Remis zwischen den Feindgruppen rechnen und für diesen Fall anstreben, vollendete Tatsachen zu schaffen. Mit größerer Sicherheit kann das wohl für den Vorstoß der deutschen Kalikonzerne gelten, die in der ersten Januarwoche 1943 Wirtschaftsminister Funk dahin bringen wollten, nunmehr endlich die französischen Kalivorkommen unter die Salzdethfurt, Wintershall AG usw. aufzuteilen<sup>20</sup>.

Sicher sind, was unsere Aussage über die ersten Ansätze zu konzeptionellem Umdenken in der Naziführung betrifft, Einschränkungen vonnöten — so die, daß nicht in allen zentralen Instanzen in den Herbstmonaten des Jahres 1942 solche Tendenzen nachweisbar sind, desweiteren, daß sich die in diesem Zeitraum erarbeiteten Strategiepapire sowohl in ihrem Realitätsverständnis als auch hinsichtlich ihrer Tiefe stark voneinander abheben. Es mag in diesem Kontext genügen, daß beispielsweise Himmler am 16. September des gleichen Jahres in seiner Feldkommandostelle Hegewald vor höheren SS- und Polizeiführern die — unveränderten- Grundlinien für die geplante Germanisierung Polens und der Sowjetunion erläuterte<sup>21</sup> und noch am 23. Dezember die Zusammenstellung „neuer Grundzahlen und Karten“ für den „Generalplan Ost“ anwies<sup>22</sup>. Die Tatsache andererseits, daß Himmler es für erforderlich hielt, am 18. November SS-Brigadeführer Naumann (Propagandaministerium) und SD-Chef Schellenberg darauf festzulegen, daß „den Russen niemals ein nationaler Staat versprochen werden“ dürfe<sup>23</sup>, macht offenbar, daß auch in diesen Kreisen Gedanken über Modifikationen am Okkupationsregime zumindest erörtert wurden.

Der Prozeß einer gewissen Neubestimmung des Kräfteverhältnisses und des beginnenden Bemühens um strategische Alternativen und Variierung der Okkupationspolitik setzte also nicht bereits im Winter 1941 und nicht erst im Februar 1943, sondern im September 1942 ein und war primär verursacht durch das Steckenbleiben der faschistischen Sommeroffensive an der deutsch-sowjetischen Front, das die entscheidenden und noch im August als faktisch gegeben betrachteten Prämissen der faschistischen Kriegszielplanung unübersehbar in Frage stellte.

Friedrich Engels bereits hat darauf hingewiesen, daß „militärische Bewegungen [...], einmal im Gange, nicht mehr den Wünschen und Plänen“ der Politiker, „sondern ihren eigenen Gesetzen (unterstehen), die nicht verletzt werden können, ohne das ganze Unternehmen zu gefährden“<sup>24</sup>. Die

<sup>20</sup> Archiv des Vereinigten Kalikombinates Staßfurt, A II, Sa, AV, Nr. 44, Bl. 20 ff.

<sup>21</sup> ZStA Potsdam, Filmsammlung, Nr. 3608.

<sup>22</sup> Ebenda, Filmsammlung, Nr. 3661, Aufn.-Nr. 2673634.

<sup>23</sup> Ebenda, Filmsammlung, Nr. 309/1933

<sup>24</sup> Marx/Engels, *Werke*, Bd. 15, S. 3.

militärischen Bewegungen in den Herbst- und Wintermonaten des Jahres 1942, insbesondere die sich immer deutlicher abzeichnende Katastrophe von Stalingrad und die Landung der Westalliierten in West- und Nordafrika führten auch in der Optik des Krieges binnen weniger Wochen zu einer dramatischen Veränderung der Lage — vom Zustand der geographisch größten Machtentfaltung des deutschen Imperialismus im August und der daraus abgeleiteten Annahme, nunmehr alle wesentlichen Hindernisse auf dem Wege zu einer unumschränkten Herrschaft über den euroasiatischen Kontinentalblock beseitigt zu haben zum Faktum, daß die Sowjetunion nicht niederzuringen war, die Gefahr eines Zweifrontenkrieges reale Konturen annahm und damit die Basis für die weit ausgreifende Kriegszielplanung nicht mehr existent war. Der Prozeß, der auf konzeptionell-strategischer Ebene in den Führungsgremien Hitlerdeutschlands im September 1942 einsetzte und in den folgenden Monaten an Intensität und Schärfe gewann, widerspiegelte im Grunde das Bemühen der führenden faschistischen Politiker, Militärs und Wirtschaftler sowie ihre — unterschiedliche-Fähigkeit, diese drastische Wendung der Kriegslage zu begreifen und Schlüsse für die nunmehr gebotene Strategie, darunter und vor allem auch hinsichtlich der Okkupationspolitik in den besetzten Ländern zu ziehen.

Es ist wirklich nicht zu viel gesagt, daß die bereits zitierte These aus der Dwinger-Denkschrift vom Herbst 1942, wonach nunmehr, da der Krieg im Osten nicht kurzfristig mit militärischen Mitteln zum erfolgreichen Ende gebracht werden konnte, erforderlich sei, über eine „differenzierte Politik“ nachzudenken, ausgesprochen oder unausgesprochen auch über all jenen Denkschriften, Plänen und Exposés stand, die am Ende des Jahres und verstärkt in den ersten Monaten des Jahres 1943 zu Modifikationen des strategischen Kalküls oder zumindest des taktischen Vorgehens verfaßt wurden. So war es das erklärte Anliegen einer am 11. Januar 1942 im Auswärtigen Amt entwickelten Studie, „die militärischen Kräfte“ durch Variierung von Politik und Propaganda zu unterstützen, wobei davon ausgegangen wurde, daß „allgemein gehaltene Zukunftsversprechen einer Neuordnung Europas und (der) Beseitigung des Kommunismus“ nicht mehr ausreichten, sondern daß, da die Phase des „zügigen Siegens“ vorbei sei, man mittels geeigneter politischer Maßnahmen — wozu u.a. das Zugeständnis von Pseudo-Souveränitätsrechten an verschiedene Völker gerechnet wurde — Kräfte bzw. Gruppen in den besetzten Staaten an Hitlerdeutschland binden müsse<sup>25</sup>.

Am 2. März 1943 bemühte sich Goebbels, Göring klarzumachen, daß es „unbedingt notwendig“ sei, „den Krieg nicht nur militärisch, sondern auch politisch zu führen“<sup>26</sup>, ein Motiv, das bekanntlich in diesen Monaten

<sup>25</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, Nachlaß Renthe-Fink, 5/2 unpag.

<sup>26</sup> *Goebbels-Tagebücher*, hrsg. von Louis P. Lochner, Zürich 1948, S. 242.

auch dazu führte, daß sich um Goebbels und Speer eine kleine Fraktion in der Naziführung bildete. Am 20. Februar hatte Goebbels — es sei gestattet, daran zu erinnern, daß eben derselbe wenige Monate zuvor, im August 1942, erklärt hatte, dieser Krieg werde nicht um Ideale, sondern um Eisen und Erze, um eine Neuverteilung der Erde geführt — in einer Ministerkonferenz erklärt, man habe „bedauerlicherweise die einheitliche große Linie des Antibolschewismus verlassen“. Ab sofort solle man „nicht mehr von unseren Eroberungen im Osten sprechen, sondern von dem Kreuzzug gegen den Bolschewismus“<sup>27</sup>. Dementsprechend hatte Goebbels wenige Tage zuvor, am 15. Februar, mit einer zentralen Weisung eine unter dem Aspekt der erkennbaren politischen Absichten recht aufschlußreiche Wendung der Nazipropaganda eingeleitet. Die „gesamte Propagandaarbeit der NSDAP und des nationalsozialistischen Staates“ müsse darauf ausgerichtet werden, allen europäischen Völkern „einschließlich der Völker in den besetzten Ostgebieten [...] den Sieg Adolf Hitlers und der deutschen Waffen als in ihrem ureigensten Interesse liegend klarzumachen“, weshalb Äußerungen, denen zufolge „Deutschland im Osten Kolonien errichten und Kolonialpolitik treiben werde“ bzw. das Land als „Ausbeutungsobjekt“ betrachte, Veröffentlichungen über Siedlungspläne und Landenteignung ebenso zu unterbleiben hätten wie die Bezeichnung der Menschen als „Bestien, Barbaren“ usw.<sup>28</sup>

Sicher ist die Relevanz der verschiedenen konzeptionellen Papiere, die in diesen Monaten produziert wurden, von unterschiedlichem Gewicht. Zieht man jedoch über die bereits genannten Indizien hinaus in Betracht, daß Anfang Januar 1943 auch im Oberkommando des Heeres konstatiert wurde, daß angesichts der Entwicklung der Lage „keine Zeit verloren werden“ dürfe mit der Herausarbeitung einer „einheitlichen politischen Grundthese“ gegenüber den Völkern in den okkupierten Gebieten, mit der „Verkündung einer neuen politischen Lehre, die den Bolschewismus ideell überwindet“ und mit der Losung „Selbstverwaltung unter deutscher Führung“ operiere<sup>29</sup>, daß in diesen Monaten sowohl im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete als auch im Propagandaministerium forciert an einer „Ostproklamation“ gearbeitet wurde und daß das Auswärtige Amt darüber hinaus, am 21. März 1943 den Vorschlag fixierte, möglichst bald „in ganz konkreter Form den Europäischen Staatenbund“ zu proklamieren, um damit in den verbündeten, den neutralen und auch in den okkupierten Ländern Kräfte für ein Zusammenwirken mit Hitlerdeutschland politisch zu motivieren<sup>30</sup>, so wird deutlich, daß in den ersten Monaten des Jahres 1943 nahezu alle füh-

<sup>27</sup> ZStA Potsdam, Filmsammlung, Nr. 5026.

<sup>28</sup> Ebenda, Nr. 2379.

<sup>29</sup> Ebenda, Nr. 5822.

<sup>30</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn, a.a.O., 5/3 unpag.

renden Gremien des „Dritten Reiches“ auf die binnen weniger Monate eingetretene drastische Veränderung des Kräfteverhältnisses mit Überlegungen reagierten, wie durch Modifikationen am strategischen Kalkül die Krise, in die die Achsenmächte geraten waren, überwunden und eine erfolgreiche Beendigung des Krieges doch noch gesichert werden könne.

Die mit der Praktizierung der faschistischen Besatzungspolitik beauftragten und mit den wachsenden antifaschistischen Aktivitäten der Völker in den okkupierten Ländern besonders konfrontierten Spitzen der deutschen Okkupationsorgane spielten, wenngleich mit unterschiedlicher Energie, in diesen Auseinandersetzungen eine aktive Rolle. Das gilt beispielsweise für die verschiedenen führenden Leute im „Reichskommissariat Ostland“, aber auch im sogenannten Generalgouvernement. Hans Frank, dessen Widerstand gegen die von der SS in Teilen des „Generalgouvernements“ praktizierten Um- und Aussiedlungsmaßnahmen und damit auch gegen einige Elemente der nazistischen Polenpolitik sich bekanntlich im Winter 1942/43 zusehends versteifte, wandte sich im Dezember, so in der „Regierungssitzung“ vom 9. Dezember<sup>31</sup> und wohl noch deutlicher in seiner Rede vom 14. Dezember<sup>32</sup> unter Hinweis auf die politischen Auswirkungen gegen die Fortsetzung dieser Praxis und selbst der HSSPF Krüger, bis dahin durchaus anderer Auffassung, beantragte bei Himmler mit Bericht vom 16. Februar 1943 die Unterbrechung von Deportationen im „Generalgouvernement“<sup>33</sup>.

Das Bild vom Prozeß des partiellen Zerbröckelns der weitgehenden Homogenität in konzeptionellen Grundfragen, der die führenden Gruppen Hitlerdeutschlands im Herbst 1942 erfaßte und sich unter dem unerbittlichen Zwang der weiteren militärischen Ereignisse im Osten, in Nordafrika sowie des wachsenden antifaschistischen Widerstandes in den besetzten Ländern in den ersten Monaten des Jahres 1943 zunehmend intensivierete, wäre unvollständig, ohne auf zwei, drei weitere Vorgänge hinzuweisen, die der historischen Analyse Anhaltspunkte bieten. Zum einen: mit Wirkung vom 15. Februar werden die kolonialen Vorbereitungsarbeiten eingestellt<sup>34</sup> und etwa zum gleichen Zeitpunkt sind Himmlers Adjutanten damit befaßt, die einzelnen Teile des „Generalplanes Ost“ für die Archivgutverwaltung zu sichern<sup>35</sup> (was freilich die Fortsetzung einzelner praktischer Umsiedlungsaktionen nicht ausschloß). Auch einige jener militärischen Offensivstudien, deren Verwirklichung im Sommer 1941 bzw. 1942 mehr oder weniger ernsthaft zur Debatte stand, verschwinden nun in den Akten, so die Pläne für Opera-

<sup>31</sup> Tagebuch Hans Frank, Regierungssitzungen 1942, S. 9.

<sup>32</sup> Ebenda, 1942, Bd. 4, S. 1340 (14. 12. 42).

<sup>33</sup> Nach C. Madajczyk, *Deportations in the Zamość Region*, in: *Acta Poloniae Historica* I, 1958, S. 88.

<sup>34</sup> ZStA Potsdam, Reichskanzlei 3598, Bl. 18/19.

<sup>35</sup> ZStA Potsdam, Filmsammlung, Nr. 3350.

tionen gegen Gibraltar, diejenigen für den Feldzug gegen Afghanistan und Indien oder auch die Absicht, die Türkeifrage militärisch zu lösen.

Zum anderen: auch die Proklamation des totalen Krieges im Februar 1943 trug unverkennbar den Stempel des konzeptionellen Umdenkens. Erklärtenmaßen wie faktisch zweifelsohne primär dem Vorhaben untergeordnet, die verfügbaren personellen und materiellen Ressourcen uneingeschränkt den Erfordernissen des Krieges nutzbar zu machen, leitete die Proklamation des Krieges zugleich eine ganze Kette von Initiativen z. B. von Goebbels ein, führende Kreise in Großbritannien und den USA zu der Auffassung zu bringen, es sei ein für sie selbstmörderisches Unterfangen, in der Antihitlerkoalition mit der Naziwehrmacht die einzige Kraft zu zerschlagen, die imstande sei, die Rote Armee zu besiegen. Die Zersetzung der Antihitlerkoalition durch die Auflösung des — nach Goebbels — „politisch-militärischen Konkubinats“ zwischen dem Staat des Sozialismus und den kapitalistischen Westmächten — auch dieser bemerkenswerte politische Aspekt des „totalen Krieges“ sollte bei der Bestandsaufnahme dessen, was im Bemühen, durch Veränderungen am Konzept der Außen- oder/und Okkupationspolitik wie auch auf propagandistischer und methodologischer Ebene eine Wendung der Lage zugunsten der „Achse“ herbeizuführen, an modifizierenden Überlegungen geboren, wieder entdeckt oder aber anders akzentuiert wurde, nicht unberücksichtigt bleiben.

Die Quellen gestatten es übrigens, *cum grano salis* eine Art von Abschlußtermin für diese Phase ziemlich hektischer Bemühungen um veränderte, den veränderten objektiven Bedingungen zumindest scheinbar besser entsprechende Orientierungen in Politik und Kriegführung Hitlerdeutschlands zu konstatieren — nach einer Reihe von Vorstößen Rosenbergs, eine „Ostproklamation“ zu erlassen, in den baltischen Sowjetrepubliken mit gewissen Autonomie-Versprechen zu operieren und die von Koch praktizierte Ukrainepolitik zu mildern, um kollaborationswillige Kräfte zu mobilisieren, erklärte Hitler am 19. Mai, offenkundig weit über die ukrainische Frage hinausgehend seine prinzipielle Haltung fixierend, „nach allen geschichtlichen Erfahrungen (könne man) die unterworfenen Völker nicht als Bundesgenossen verwenden“. Und an anderer Stelle: „Würden wir politisch die ‘milde Tour’ laufen, so würde die Möglichkeit, Arbeitskräfte in das Reich zu bringen, aufhören, ebenso jede Ausfuhr von Lebensmitteln ins Reich“<sup>36</sup> — unverkennbar eine Reflektion der sich rasch verschärfenden Widersprüchlichkeit in der objektiven Lage Hitlerdeutschlands, die der Naziführung unter dem Druck des Faktischen tatsächlich immer weniger Spielraum zum politischen Manövrieren ließ.

<sup>36</sup> ZStA Potsdam, Filmsammlung, Nr. 14074; Aufzeichnung Hewels für Ribbentrop über eine Unterredung Hitler-Rosenberg am 19. 5. 1943.

Sicher — auch in den Sommermonaten des Jahres 1943 entstand noch dieses oder jenes Papier zu konzeptionell-strategischen Fragen. Diese Entwürfe bzw. Vorschläge — häufig aus den Spitzen der Okkupationsbehörden — stehen jedoch vergleichsweise isoliert im Raum. Die in nahezu allen führenden Instanzen Hitlerdeutschlands Ende 1942/Anfang 1943 zu beobachtende, zuweilen geradezu fieberhafte Aktivität im Konzipieren von Alternativen zur Kriegsziel- und Okkupationspolitik bzw. in der Handhabung des propagandistischen und methodischen Instrumentariums bricht mit dem Mai 1943 ab — vorläufig, wird man sagen müssen, wenn man an Vorgänge denkt, die in verschiedenen Führungsgremien Hitlerdeutschlands im Herbst desselben Jahres, allerdings qualitativ verändert, einsetzten. Bis dahin jedoch schienen auch auf konzeptioneller Ebene alle Blicke auf jenes Ereignis gerichtet gewesen zu sein, das nach den Intentionen der Nazuführung ihr die Initiative des Handelns zurückbringen sollte — die große Sommeroffensive der Wehrmacht im Raum von Kursk und Orel.

Was war, um auf die eingangs formulierte zweite Frage zurückzukommen, die wesentliche Substanz dieser von Herbst 1942 bis Frühjahr 1943 vorgeschlagenen bzw. entworfenen Modifikationen am strategischen Kalkül? Ist es möglich, diese Vielzahl konzeptioneller Überlegungen, zu Veränderungen an der Kriegszielplanung, zu außenpolitischem Manövrieren, zu Korrekturen am Okkupationsregime, Wandlungen in der Propaganda usw. in etwa auf einen Nenner zu bringen? Die unterschiedliche Relevanz der für die Analyse zur Verfügung stehenden Papiere, ihre nicht minder unterschiedliche Qualität bzw. Tiefe sowie das breite Spektrum von Problemen, die tangiert werden, scheinen das zu verbieten, zumal einige dieser Konzepte Gegenstand erbitterter Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Nazi-Institutionen waren. Dennoch — die kritische Prüfung der vorhandenen Quellen weist eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten aus, deren Untersuchung insofern aufschlußreich ist, als sie eine gewisse Antwort auf die Frage gibt, wie die führenden Gruppen einer imperialistischen Großmacht unter Bedingungen des Krieges im konzeptionellen Bereich auf ebenso plötzliche wie drastische Veränderungen der Lage zu ihren Ungunsten reagierten.

Welche Elemente bildeten den „konzeptionellen Nenner“ dieser vom Herbst 1942 bis Frühjahr 1943 erarbeiteten Vorschläge, Entwürfe und Denkschriften zu Fragen der Kriegszielplanung, der Okkupationspolitik usw.?

Zunächst — das muß sicher nicht besonders bewiesen werden — das zentrale Anliegen aller dieser Vorschläge war der Versuch, Mittel und Wege herauszufinden, wie die plötzlich erkennbar werdende Gefahr einer Niederlage abgewendet, der Krieg doch noch zugunsten Hitlerdeutschlands entschieden und damit die Realisierung der ursprünglichen Kriegsziele bzw. zumindest ihrer wesentlichen Bestandteile gesichert werden könne. In dieser Grundfrage imperialistischer Politik bestand — bei allen sonstigen Unter-

schieden — unverändert Homogenität. Einige der vorliegenden Memoranden lassen eine gewisse Bereitschaft erkennen, gewisse Abstriche am ursprünglich nahezu uferlosen Expansionsprogramm vorzunehmen — aber das bezieht sich nicht auf solche Kernfragen des Kriegszielprogramms wie die Erringung der Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent, die Niederwerfung der Sowjetunion und die Annektion tschechischen, polnischen und sowjetischen Territoriums.

Eine andere Gemeinsamkeit der in dieser Phase des Krieges entstandenen Dokumente zu konzeptionellen Fragen erscheint unso bemerkenswerter: sie alle kreisten um das Problem, wie bestimmte dem imperialistischen System immanente Ideologismen — zu nennen sind hierbei vor allem die Klassenideologie, alle Spielarten des bürgerlichen Nationalismus, aber auch kapitalistische Profitgier — in den gegnerischen, verbündeten und neutralen Staaten wie vor allem auch in den okkupierten Ländern wirksam angesprochen und zugunsten Hitlerdeutschland nutzbar gemacht werden könnten. Alle diese Vorschläge zielten letztlich darauf ab, die Relationen zwischen militärischer Kriegführung, Politik und Ideologie mit der Tendenz zu verändern, bei gleichzeitiger Verstärkung der militärischen Anstrengungen ein Mehr an kluger, durchdachter Politik, ein Mehr an zielgerichteter ideologischer Aktivität sowie ein differenzierteres okkupationspolitisches Instrumentarium zu entwickeln.

Die Politisierung und die Ideologisierung des Krieges war es, auf die, ausgesprochen oder unausgesprochen, alle diese konzeptionellen Papiere abzielten. Obgleich, diese Einschränkung ergibt sich zwangsläufig sowohl aus der verschiedenartigen Provenienz der Dokumente als auch aus den objektiv wie subjektiv unterschiedlichen Voraussetzungen ihrer Autoren, meist nur Teilbereiche der Kriegszielplanung, Propaganda, Außen- oder Okkupationspolitik angesprochen werden, tangierten alle das Wechselverhältnis von Politik und Kriegführung, war ihnen allen letztlich die Fiktion gemeinsam, durch parallel zur „Totalisierung“ des Krieges zu inszenierende Veränderungen der Außen- und Okkupationspolitik sowie der Propaganda könnten solche Kräfte bei den imperialistischen Partnern in der Antihitlerkoalition, in den neutralen wie verbündeten Staaten bzw. auch bei den vom Okkupationsregime überzogenen Völkern zugunsten Hitlerdeutschlands mobilisiert werden, die von ihrer Stellung in der Klassengesellschaft bzw. von bestimmten ideologischen Grundpositionen her Ansatzpunkte boten. Goebbels konstatierte im Sommer 1943, daß zu viel Krieg geführt und zu wenig Politik betrieben werde<sup>37</sup> und Colin Roß, Leiter des Amerika-Komitees im Auswärtigen Amt, forderte zum gleichen Zeitpunkt Klarheit darüber, daß, „je geringer die

<sup>37</sup> Goebbels Tagebücher, a.a.O., S. 383.

Aussicht wird, einen Krieg rein militärisch zu gewinnen, desto dringender... die Notwendigkeit ideologischer Kriegführung" werde<sup>38</sup> — Bemerkungen, die in etwa den hier skizzierten Sachverhalt treffen.

Politisierung und Ideologisierung des Krieges seitens Hitlerdeutschlands — was wurde, soweit die Quellen Schlüsse zulassen, konkret darunter verstanden? Die wesentliche Substanz der in diesem Kontext interessierenden Dokumente läßt sich — etwas summarisch — in drei Thesen skizzieren.

1. Politisierung und Ideologisierung des Krieges zielte im außenpolitischen Bereich darauf ab, mittels gewisser Zugeständnisse in den Kriegszielforderungen — Goebbels erinnerte Hitler in diesem Zusammenhang daran, daß man auch 1933 „nicht mit absoluten Forderungen an die Macht gekommen" sei<sup>39</sup> — und insbesondere über einen extrem forcierten Antisowjetismus die Westmächte von der antifaschistischen Position der Antihitlerkoalition weg — und auf eine sozusagen klassensolidarische, gemeinsame Plattform gegen die UdSSR hinzumanövrieren, d.h. die Antihitlerkoalition zu sprengen und — auf eine lediglich bei der Goerdeler/Beck-Gruppierung konkreter definierte Weise — Hitlerdeutschland so freie Hand zu lassen im Kampf gegen die Sowjetunion.

2. Die Vorstellungen von der Politisierung und Ideologisierung kreisten im Bereich der Okkupationspolitik — das ist tatsächlich ein generelles Anliegen aller jener vom Herbst 1942 bis zum Frühjahr 1943 entworfenen Strategiepapiere — einerseits um den Gedanken, an die Stelle des bislang propagierten Anspruchs auf Vorherrschaft in Europa jenen der Führung zu setzen, d.h. faktisch den meisten europäischen Staaten formale Autonomie zu belassen und sie auf andere Weise an den deutschen Imperialismus zu binden, andererseits um die Vorstellung, mittels Effektivierung der nationalistischen und antisowjetischen Ressentiments bzw. durch Nutzung kapitalistischen Proßdenkens den Kreis kollaborationswilliger Kräfte in den okkupierten Gebieten bedeutend vergrößern zu können. Auf diese Weise sollte der antifaschistische Widerstand der Völker paralytisiert, Hitlerdeutschland neue Hilfskräfte zugeführt und — das galt insbesondere für das okkupierte sowjetische Territorium — ein Keil zwischen die Völker der UdSSR und das Sowjetsystem bzw. die KPdSU getrieben werden. Als wesentliches Element dieser Vorschläge figurierte auch die These, dieser Prozeß müsse im Okkupationsregime durch Zurückhaltung im Gebrauch des repressiven Instrumentariums einerseits, durch gezielte Maßnahmen zur politischmoralischen und materiellen Korrumpierung andererseits flankiert werden.

<sup>38</sup> ZStA Potsdam, Fall 11 (Wilhelmstraßenprozeß), Bd. 489, Bl. 48 - 63.

<sup>39</sup> Goebbels Tagebücher, a.a.O., S. 400.

3. Die Forderungen, die für die Modifikationen in der Propaganda entwickelt wurden, waren von diesen Grundanliegen abgeleitet. Sie kristallisierten sich im wesentlichen um zwei Kernfragen. Zum einen bestanden sie in einer ins Extrem gesteigerten antisowjetischen Hetze — Goebbels notierte beispielsweise am 11. März 1943, daß er „in der antibolschewistischen Propaganda augenblicklich“ die „größte Chance“ sehe<sup>40</sup> und vereinbarte mit Hitler sogar, eine Zeit lang aus taktischen Gründen die Meldungen über Erfolge der Roten Armee „unwidersprochen in die Welt gehen zu lassen“. Europa solle „ruhig das Gruseln bekommen, umso eher“ werde „es Vernunft annehmen“<sup>41</sup>, d.h. Hitlerdeutschland unterstützen, statt den Faschismus zu bekämpfen. Zweitens sollte das Nationalgefühl anderer Völker stärker berücksichtigt und die 1941/42 im Vorgefühl des erwarteten „Endsieg“ verkündeten Annektions-, Germanisierungs- und Deportationspläne vergessen gemacht werden. Das bedeutete vor allem, auf die rassistisch-chauvinistische Verunglimpfung, die Darstellung der „Minderwertigkeit“ anderer Völker sollte ebenso verzichtet werden wie auf alle Bemerkungen, aus denen auf die tatsächlichen Kriegsziele des deutschen Imperialismus hätte geschlossen werden können. Es gelte, „alle egoistischen Ziele im Osten abzustreiten und von dem heiligen Kreuzzug des 20. Jahrhunderts gegen den Bolschewismus zu sprechen“, hatte Goebbels Mitte Februar 1943 auf einer seiner Ministerkonferenzen angewiesen<sup>42</sup>.

Die Antwort auf die Frage, inwieweit solche in den Herbst-, Winter- bzw. Frühjahrsmonaten 1942/43 von verschiedenen NS-Führungsgremien entwickelten Vorstellungen realer oder aber noch irrealer waren als die von der Gruppe um Hitler, Bormann, Keitel u.a. nahezu ohne Abstriche beibehaltene und dann letztlich praktizierte modifikationsfeindliche Linie der rücksichtslosen Anwendung von Repressionen und der sich daraus ergebenden Eskalation des Terrors, sei dahingestellt. Angesichts der im Verlaufe des Jahres 1943 wachsenden objektiven Widersprüchlichkeit in der Lage des deutschen Imperialismus, charakterisiert u.a. durch die Tatsache, daß ihm das Gesetz des Handelns völlig entrissen und sein politischer, ökonomischer wie propagandistischer Spielraum weiter verengt wurde, müssen dem Betrachter Pläne zur Zersetzung des antifaschistischen Widerstandes der Völker, zur Verwandlung großer Teile der Bevölkerung in Bundesgenossen des Hitlerfaschismus und zur Paralyse der politisch-moralischen Einheit der Sowjetvölker womöglich noch illusionärer erscheinen als die letztlich praktizierte Politik.

Ernsthafte Korrekturen an Grundlinien der Okkupationspolitik wie der

<sup>40</sup> Ebenda, S. 266.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 259.

<sup>42</sup> ZStA Potsdam, Filmsammlung, Nr. 5026, Aufn.-Nr. 427598.

Kriegführung generell wurden bekanntlich auch in der Folgezeit nicht vorgenommen. So beantwortet sich die Frage nach einem meßbaren Effekt des mannigfaltigen konzeptionellen Mühens in der Phase der grundlegenden Wendung des Kriegsgeschehens beinahe von selbst. Allerdings — auf der Ebene der Propaganda sind gewisse Wandlungen in der Weise, wie sie einige der im Frühjahr 1943 erarbeiteten konzeptionellen Dokumente forderten, unverkennbar in die Praxis umgesetzt worden. Auch in den Spitzen mancher Okkupationsbehörden wurden Versuche, auch ohne neue, einheitliche politische Konzeption, lediglich auf der Basis eines eskalierten Antisowjetismus gewisse Einbrüche in die antifaschistische Phalanx der unterjochten Völker zu erzielen, im Grunde bis Kriegsende fortgesetzt. Es sollte jedoch nicht übersehen werden, daß einige der in dieser Phase entwickelten Leitgedanken für Modifikationen am strategischen Kalkül, zur Politisierung und Ideologisierung — so die Hoffnung auf ein Zerschlagen der Antihitlerkoalition durch Effektivierung der antisozialistischen, antisowjetischen Potenzen in führenden Kreisen der Westmächte oder auch die Linie, durch Extensivierung der Kollaboration dem Nazisystem neue Hilfstruppen zu gewinnen — angesichts des sich immer deutlicher abzeichnenden militärischen Desasters an Bedeutung gewannen, freilich weniger in Praxi denn in den Köpfen der Naziführung.

